

Newsletter

12.10.2011 Ausgabe 4/11

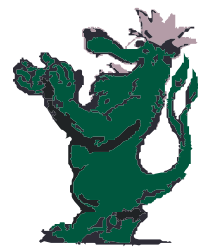
Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem aktuellen Newsletter informiert Sie die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Wuppertaler Kommunalpolitik.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Herbstzeit und freuen uns über Ihre Anregungen, Kritik oder Rückmeldung an fraktion@gruene-wuppertal.de



Peter Vorsteher
Fraktionsvorsitzender



[Bitte benachrichtigen Sie uns, wenn Sie keine Infos mehr erhalten möchten.](#)

Hier sind unsere aktuellen Themen:

[Rat gegen Rechts](#)

[Orchester-Fusion vom Tisch](#)

[Situation von Freien Trägern in Wuppertal](#)

[EU-Mittel für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien nutzen](#)

[Windenergie in Wuppertal](#)

[VRR-Sozialticket wird eingeführt.....leider nicht in Wuppertal](#)

[Anonymisierte Bewerbungen](#)

[Doppel-Abiturjahrgang Ende des Schuljahres 2012/13](#)

[Drittes Kindergartenjahr jetzt kostenfrei](#)

[Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern](#)



Rat gegen Rechts

In einer aktuellen Stunde am Anfang der Ratssitzung am 10.10.11 verurteilten alle Fraktionen die rechtsradikalen Übergriffe von Neonazis in Wuppertal und zeigten sich besorgt über die Entwicklungen, vor allem auch in Vohwinkel. Dort kommt es immer wieder zu gewalttätigen Aktionen brauner Aktivisten. Der Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher wurde Gelegenheit gegeben, im Rat zu sprechen und über die Lage zu berichten. Sie nahm dabei auch Bezug auf den [Offenen Brief](#) des Kreisverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in dem Kritik an der Vohwinkeler Polizei formuliert wurde. Sie wies darauf hin, dass die Polizei die Neonazi-Szene intensiv beobachte und sie gegen rechtradikale Aktivitäten vorgehe.

Einig waren sich die Mitglieder des Rates, dass verstärkt Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und zur Aufklärung über das menschenverachtende Gedankengut der Neonazis eingeleitet werden müssen. Gerade Schülerinnen und Schüler würden immer häufiger zum Ziel brauner Propaganda. Sozialdezernent Kühn kündigte ein Konzept für den Ausbau von bereits bestehenden Maßnahmen für Dezember an. Das halten wir für zu spät und fordern sofortige Aktionen gegen Rechts. Auch sollten die Wuppertalerinnen und Wuppertaler Zeichen setzen und sich an einer für den 9. November in Vohwinkel geplanten Demonstration gegen Nazis beteiligen.

Orchester-Fusion vom Tisch

Die Diskussion um eine mögliche Fusion des Sinfonieorchesters Wuppertal mit den Bergischen Symphonikern wird nicht weiter verfolgt. In einem [gemeinsamen Antrag](#) sprachen sich die Fraktionen in der Ratssitzung am 10.10.11 dagegen aus. Heftige Diskussionen über das Für und Wider einer Fusion prägten die Kulturpolitik der letzten Monate. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stand einer Fusion bereits in der Vergangenheit skeptisch gegenüber. Sie hätte erst in Jahren zu einer finanziellen Entlastung der städtischen Haushalte geführt, zuerst hätte sie sogar Mehrkosten erzeugt. Gespräche der Stadt mit dem Kultusministerium des Landes brachten keine Lösung. Zuerst zog Oberbürgermeister Jung im Alleingang die Notbremse, ohne Kulturausschuss oder Rat einzubinden. Das wurde nun in einem eiligst gestrickten gemeinsamen Antrag nachgeholt. Das Wuppertaler Sinfonieorchester bleibt als A-Orchester bestehen und kann seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen, vorausgesetzt es wird ein neuer nachhaltiger Finanzierungsplan erstellt werden können.

Situation von Freien Trägern in Wuppertal

Kirchen, Vereine und Wohlfahrtsverbände in Wuppertal gehören zu den Freien Trägern, ohne die das soziale Leben in unserer Stadt nicht möglich wäre. Ob Kindergärten, Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen oder Kulturstätten, die Freien Träger entlasten die Stadtverwaltung und übernehmen wichtige gesellschaftliche Aufgaben.

Dabei sind die städtischen Zuschüsse an die Freien Träger seit 10 Jahren nicht angehoben worden. Durch die tariflichen Erhöhungen von Gehältern und die allgemeinen Kostensteigerungen arbeiten viele Einrichtungen daher am finanziellen Limit und mussten ihr Angebot drastisch kürzen. In einer Anfrage an den Rat der Stadt am 10.10.11 wollten wir die Auswirkungen auf die Sozialpolitik erfahren. [Hier](#) können Sie die Antwort der Verwaltung lesen.



EU-Mittel für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien nutzen

Es gibt Geld von der Europäischen Union und Wuppertal will es nicht haben. Diesen Eindruck hatten wir, als unser Antrag vertagt wurde. Wir wollten, dass die Verwaltung prüfen sollte, welche Projekte aus dem European Energy Efficiency Fund (EEEF) in Wuppertal umgesetzt werden können. Dabei geht es vor allem darum, Energieeffizienz- und erneuerbare Energieprojekte zu finanzieren. Unverständlicherweise vertagten CDU und SPD diesen Antrag auf November. Ob dann noch Geld im Fördertopf ist? Weitere Informationen finden Sie [hier](#) in unserem Antrag.



Windenergie in Wuppertal

Nicht erst seit die Kleine Höhe als Standort für einen Windpark im Gespräch ist, wollen wir in Wuppertal verstärkt auf Windkraft setzen. Fakt ist, seit Fukushima und dem Ausstieg aus der Atomkraft sind nun alle politischen Kräfte am Ausbau der Erneuerbaren Energie interessiert. Wir sind gespannt darauf, welche Flächen wirklich für Windkraft geeignet sind. Auf unsere Anfrage an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen antwortete die Verwaltung sehr zurückhaltend. Wirkliche Erkenntnisse sind noch nicht vorhanden. [Hier](#) können Sie es nachlesen.

[zurück nach oben](#)



Das Sozialticket kommt.....leider nicht in Wuppertal

Es stimmt, das Sozialticket wird im VRR-Gebiet eingeführt, doch die Uhren in Wuppertal ticken mal wieder anders. CDU und SPD weigern sich, das Sozialticket in Wuppertal anzubieten, da sie befürchten, dass der Stadt weitere Kosten entstehen und der Zuschuss des Landes nicht ausreicht. Dabei will sich die große Koalition noch nicht einmal auf ein Pilotprojekt bis Ende 2012 einlassen. Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass die Stadt von einer unrealistisch hohen Mehrbelastung ausgeht, die tatsächlichen Kosten aber durch die Finanzierung des Landes gedeckt sind. [Hier](#) können Sie unseren Antrag auf Einführung des Sozialtickets lesen und [hier](#) die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden Peter Vorsteher.

Anonymisierte Bewerbungen

Es ist erwiesen, dass MigrantInnen, Frauen und ältere ArbeitnehmerInnen bei Bewerbungsverfahren auf dem Arbeitsmarkt häufig nicht berücksichtigt werden. In den USA hat es sich gezeigt, dass anonyme Bewerbungen dafür sorgen, dass Diskriminierungen aus Gründen von Alter, Geschlecht oder des Wohnort vermieden werden können und Arbeitsplätze nach der fachlichen Eignung vergeben werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte, dieses Verfahren auch in Wuppertal einzuführen. Weitere Infos können Sie unserem [Antrag](#) entnehmen, der leider keine Mehrheit fand.

Doppel-Abiturjahrgang Ende des Schuljahres 2012/13

Bald ist es soweit, der erste Abiturjahrgang, der nach 12 Jahren das Gymnasium verlässt, drängt zusammen mit dem letzten Jahrgang nach Klasse 13 an die Unis und auf den Ausbildungs- und Wohnungsmarkt. Wir fragen uns, welche Vorsorge getroffen wurde, um den Doppeljahrgang aufzufangen. Daher setzen wir auf das Regionale Bildungsbüro und beantragten, dass es die Koordination übernimmt und die verantwortlichen Kräfte in der Region an einen Tisch bringt, um die vielschichtigen Probleme lösen zu können. [Hier](#) können Sie unseren Antrag lesen, der an die Bergische Bildungskonferenz überwiesen wurde.



Drittes Kindergartenjahr jetzt kostenfrei



Die rot-grüne Landesregierung hat es beschlossen: Seit dem 1. August ist das 3. Kindergartenjahr in NRW für Eltern kostenfrei, die Finanzierung in Höhe von 150 Mio. Euro übernimmt die Landesregierung. In der Ratssitzung am 10.10.11 wurde die Elternbeitragssatzung entsprechend geändert. Positiv ist auch, dass die Stadt Wuppertal darauf verzichtet, einen Geschwisterbeitrag zu erheben, so wie es andere klamme Kommunen tun. Geschwisterkinder bleiben weiterhin beitragsfrei. Für uns ist es wichtig, dass die Beitragsbefreiung bei allen Eltern zu spürbaren finanziellen Entlastungen führt.

Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Seit mehr als 25 Jahren wird in Wuppertal aktive Gleichstellungspolitik betrieben. 2009 hat der Rat der Stadt Wuppertal die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen Männern auf lokaler Ebene“ unterzeichnet und die Verwaltung beauftragt, einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erstellen.

Nun wurde der [Aktionsplan „zur Gleichstellung von Frauen und Männern“](#) den Mitgliedern des Rates vorgelegt. Viele Maßnahmen werden darin angekündigt, wenn auch unter Finanzierungsvorbehalt.

Der Wille zur Gleichstellung ist längst kein Novum mehr, die Umsetzung der Charta ist trotzdem umso notwendiger. Allein die Zusammensetzung des Rates zeigt: Frauen sind noch immer deutlich unterrepräsentiert. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht da mit gutem Beispiel voran, besteht sie doch aus 6 Frauen und 5 Männern.



[zurück nach oben](#)